

19.37

Abgeordneter Hermann Brückl, MA (FPÖ): Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Bundesminister! Hohes Haus! Mit der Reform der Lehrerausbildung vor zehn Jahren, die mit der Intention einer Besoldungsgleichstellung von Landes- und Bundesbediensteten durchgeführt wurde, wollte man auch eine Qualitätsverbesserung erreichen. Man hat die Ausbildung zum einen verlängert und gleichzeitig auch einen Bachelor- und einen Masterabschluss eingeführt.

Es war eine Reform von SPÖ und ÖVP. Das möchte ich auch erwähnen, liebe Volkspartei, weil ihr heute immer wieder Kindesweglegung betreibt und immer auf die roten Bildungsministerinnen der Vergangenheit hingewiesen habt. Ich bin nicht der Verteidiger der SPÖ-Ministerinnen, aber eines ist auch klar: Ihr wart immer ganz vorne dabei, wenn es darum gegangen ist, Mehrheiten zu schaffen, denn ihr habt mit der SPÖ regiert. Daher könnt ihr euch da nicht aus der Verantwortung stellen. Seit dieser Reform, also seit mehr als zehn Jahren, ist das Problem des Lehrermangels latent. Mittlerweile ist es akut geworden.

Es braucht tatsächlich eine Änderung in der Ausbildung unserer Lehrer. Deshalb haben wir das auch beantragt, denn es kann nicht sein, dass sich mittlerweile Schulleiter oder Schulen auf die Suche nach pensionierten Lehrern, im Ruhestand befindlichen Lehrern machen, um diese in den Aktivstand zurückzuholen, weil der Lehrermangel einfach wirklich akut ist. Genauso verzweifelt gibt es die Versuche – nicht nur die Versuche, es passiert ja auch tatsächlich –, dass man Studenten im zweiten, im dritten Semester in die Schulen einlädt, damit sie dort unterrichten können. Das kann ja nicht das Ziel einer ordentlichen Bildungspolitik sein.

Die Regierung hat mittlerweile erkannt, dass es da Handlungsbedarf gibt, wie so oft allerdings wieder viel zu spät. Dass da viel zu lange zugesehen wurde, ist aber gar nicht das, was ich Ihnen, liebe Volkspartei, liebe Grüne, hier vorwerfe. Ich werfe euch vor, dass ihr die Ablehnung dieses Antrages, den wir gestellt haben, unter anderem damit begründet habt, dass wir im Antrag eine Frist

bis 31. Jänner gesetzt haben, innerhalb der wir den Bundesminister ersuchen, dem Parlament eine Regierungsvorlage zuzuleiten, in der eben diese Ausbildung novelliert wird. Wie gesagt, es ist eine Frist bis 31. Jänner 2023.

Da frage ich aber schon auch: Worauf wollt ihr denn warten? Ich meine, das ist jetzt seit vielen Jahren bekannt, und wer nicht ganz blind ist, hat dieses Problem lange erkannt und lange gesehen. Da noch zuzuwarten ist aus unserer Sicht völlig falsch und ist ein Fehler.

Wir sehen aber natürlich auch – das wurde heute auch schon thematisiert – den Rechtsanspruch auf ein elftes, auf ein zwölftes Schuljahr für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf, und auch diesen Antrag der Kollegin lehnt ihr ab. – Worauf soll man bei euch warten, wenn da tatsächlich nichts weitergeht?

Hohes Haus! Wir haben große Probleme im Bildungsbereich, der Lehrermangel ist akut, und die Regierung schaut da aus unserer Sicht viel zu lange zu.

Was wir als Freiheitliche wollen, ist eine klare Verkürzung der Ausbildung. Alles andere wäre kontraproduktiv und würde das Problem des Lehrermangels nur verschärfen. Solange die Ausbildung fünf, sechs oder teilweise sogar sieben Jahre dauert, wird es schwierig sein, dass man da die Trendwende schafft, und so lange wird es auch nicht gelingen, motivierte Studenten und Studentinnen zu finden, die den Lehrerberuf ergreifen wollen.

Hohes Haus! Wir Freiheitliche wollen die besten, wir Freiheitliche wollen die motiviertesten und wir Freiheitliche wollen die leidenschaftlichsten Lehrer für unsere Kinder. Deshalb haben wir auch den Antrag gestellt, die Ausbildung entsprechend zu reformieren, damit wir diese motivierten, diese leidenschaftlichen und auch diese besten Lehrer für unsere Kinder haben können. *(Beifall bei der FPÖ.)*

19.41

Präsident Mag. Wolfgang Sobotka: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Taschner. – Bitte sehr, Herr Abgeordneter.

